

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Kerstin Celina

Abg. Petra Högl

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Jan Schiffers

Abg. Susann Enders

Abg. Margit Wild

Abg. Julika Sandt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Starke Teilhabe: Versprechen einlösen, Gehörlosengeld jetzt einführen!

(Drs. 18/9938)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Als erste Rednerin rufe ich Frau Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

(Die Rednerin verspätet sich)

Die wichtigste Frage am Anfang: Wie steht es denn im Fußball, Frau Celina?

Kerstin Celina (GRÜNE): – Immer noch 0 : 0.

(Heiterkeit)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, das war eine wichtige Aussage. Jetzt haben Sie Zeit für Ihre Rede.

Kerstin Celina (GRÜNE): – Das war aber nicht der Grund, weshalb ich draußen war.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist ein besonderer Tag, denn heute ist es an der Zeit, Farbe zu bekennen für ein Gehörlosengeld, das Sie als CSU-Landtagsabgeordnete den gehörlosen Menschen seit etwa zehn Jahren in Aussicht stellen, aber nie umsetzen.

Auf der Webseite der CSU-Landtagsfraktion stand im Jahr 2018 ein Artikel, in dem Sie wolkig versprochen, die Lebenssituation von gehörlosen und von Gehörlosigkeit bedrohten Menschen weiter verbessern zu wollen. Das war 2018.

Im Fachgespräch "Einführung eines Bayerischen Gehörlosengeldes" im Ausschuss für Arbeit und Soziales haben Sie vor über einem Jahr versprochen, ein Konzept für ein Bayerisches Gehörlosengeld vorzulegen und rechtzeitig zum nächsten Haushalt umzusetzen. – Passiert ist nichts.

Eine Petition mit etwa 13.000 Unterschriften für ein Gehörlosengeld liegt in irgendeiner Schublade des Sozialministeriums und hat leider außer weiteren Gesprächen und wolkigen Versprechungen nicht viel bewirkt. Von Ihrer Fraktion gab es im letzten Haushalt keinen Antrag und auch kein Wort dazu. Das ist einfach nur peinlich und beschämend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, die CSU-Fraktion, haben noch nie einem konkreten Entwurf zu einem Gehörlosengeld zugestimmt. Sie haben selbst auch noch nie einen einzigen konkreten Antrag dazu gestellt. Sie haben nichts, absolut nichts getan, um aus den wolkigen Versprechungen Klartext zu machen. Sie haben, was das Thema Gehörlosengeld angeht, noch nie wirklich Farbe bekannt. Deswegen fordere ich Sie heute dazu auf: Bekennen Sie sich endlich zu einem Bayerischen Gehörlosengeld!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen von Ihnen als Abgeordnete heute die Zusage dafür, das Konzept für ein Gehörlosengeld zu beschließen. Heute, hier und jetzt, müssen Sie von der CSU Farbe bekennen und darlegen, dass Sie Ihre eigenen Versprechen ernst nehmen und einhalten wollen. Wenn Sie wieder kneifen, dann werden die gehörlosen Menschen in unserem Land Ihnen von der CSU nicht mehr glauben, genauso wenig übrigens wie die Menschen, die sich überall im Land unter den Regenbogenflaggen vereinen. Denen hat Ministerpräsident Söder in der letzten Woche durch seine Kritik an der UEFA Hoffnung gemacht, während Sie von der CSU ihnen aber verweigert haben, beim Spiel gegen Ungarn den Landtag in Regenbogenfarben erstrahlen zu lassen. Auch viele andere haben ihren Glauben daran längst verloren, dass die CSU unsere Gesellschaft tatsächlich noch im Sinne der Menschen und im Sinne der Gehörlosen gestalten will.

Seit vielen Jahren schieben Sie das Thema vor sich her. Sie schieben es zum Bund und wieder zurück, obwohl Sie in beiden Regierungen gleichermaßen vertreten sind. Jetzt haben Sie das Thema wieder hier, hier im Bayerischen Landtag. Ich fordere Sie auf: Halten Sie endlich ein, was Sie all die Jahre versprechen! Stellen Sie endlich ein Konzept auf für ein Gehörlosengeld in Bayern, und setzen Sie ein Datum fest, an dem es eingeführt wird!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für gehörlose Menschen und schwer hörbehinderte Menschen ist es oft nur mit Dolmetschern und Dolmetscherinnen möglich, zu kommunizieren und teilzuhaben. Sie haben zusätzliche Ausgaben, die andere nicht haben, und das wissen Sie seit Jahren.

Ebenso wissen Sie, dass wir uns mit der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet haben, Barrieren abzubauen. Sie, die CSU, haben doch selbst das Programm "Bayern barrierefrei 2023" werbewirksam in Szene gesetzt und überall Plakate aufgehängt. Das Thema Gehörlosengeld haben Sie aber nicht angepackt. Das, was Sie sagen, und das, was Sie tun, passt einfach nicht zusammen.

Kommen Sie mir jetzt nicht mit dem Argument, dafür hätten Sie kein Geld. Das Landespflegegeld ist Ihnen über 400 Millionen Euro wert. Um den jungen Leuten zum 18. Geburtstag zu gratulieren, dafür geben Sie jährlich 4 Millionen Euro aus. Der Etat der Staatskanzlei ist von 2019 bis 2021 um 40 Millionen Euro auf 131 Millionen Euro angewachsen. Die Kosten für die Schulsoftware, die Sie seit Jahrzehnten nicht auf die Reihe kriegen, sind uferlos. Sie lassen sich von einigen Ihrer CSU-Abgeordneten auf Bundes- und Landesebene unser Steuergeld aus der Tasche ziehen für Maskendeals und für windige Verträge. Sie versprechen niedrige Steuern für alle, auch für diejenigen, die mehr zahlen könnten. Dann behaupten Sie, es sei kein Geld mehr dafür da, denjenigen einen Ausgleich zu geben, die aufgrund ihrer Gehörlosigkeit einen Nachteil haben, die Dolmetscherdienste brauchen, um teilhaben zu können. – Das ist so etwas von heuchlerisch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen schon längst ein Gehörlosengeld eingeführt haben, gibt sich die CSU in Bayern mit den hinteren Plätzen zufrieden. Ich bin sicher, die gehörlosen Menschen in Bayern und ihre Verwandten und Freunde werden sich bei der nächsten Wahl daran erinnern und Ihnen die passende Quittung geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Petra Högl, CSU-Fraktion.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, liebe Frau Kollegin Celina, Sie haben aufgeführt, dass wir heuchlerisch seien. Ich denke, da sollten Sie sich lieber an der eigenen Nase packen; denn in den Ländern, in denen Sie regieren, gibt es auch kein Gehörlosengeld. Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, auch dort gibt es kein Gehörlosengeld. Sie prangern uns aber an, und das möchte ich hier nicht so stehen lassen. In Hessen gibt es übrigens noch kein Gehörlosengeld, sondern in Hessen ist es in Planung. So viel schon einmal vorneweg.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem vorliegenden Antrag wollen die GRÜNEN die Staatsregierung auffordern, ein Konzept für ein Bayerisches Gehörlosengeld vorzulegen und es rechtzeitig im Haushalt umzusetzen. Wir haben uns im Ausschuss bereits intensiv mit dem wichtigen Thema der Unterstützung der Menschen mit Hörbehinderung beschäftigt. Mir persönlich, aber auch den Regierungsfractionen liegen diese Menschen sehr am Herzen. Leider lässt sich der Antrag aber nicht so leicht umsetzen, wie sich das vielleicht anhört. Deshalb können wir dem Antrag heute auch nicht zustimmen.

Hörbehinderung ist eine unsichtbare Behinderung. Sie stellt eine hohe Beeinträchtigung dar. Dies führt auch zu einer Ausgrenzung der Betroffenen aufgrund der kommunikativen Hürden. Viele Betroffene ziehen sich aus Gründen der Scham zurück; das führt oft zu Isolation. Auch das können und wollen wir natürlich nicht hinnehmen. Deshalb ist es uns ein besonderes Anliegen, Menschen mit Hörbehinderung zu unterstützen. Aus diesem Grund sind wir als Fraktion auch im intensiven Austausch mit den Gehörlosenverbänden. Unsere Haltung hat sich seit dem Fachgespräch im sozialpolitischen Ausschuss im vergangenen Jahr auch nicht geändert. Wir stehen unverändert hinter den Betroffenen.

Derzeit können wir aber, so leid das den Regierungsfractionen CSU und FREIE WÄHLER auch tut, die Einführung eines pauschalen Gehörlosengeldes auch angesichts der Corona-Krise leider nicht beschließen. Die Bewältigung der Corona-Krise macht eine große, noch nie dagewesene finanzielle Kraftanstrengung des Freistaates notwendig. Die gesetzliche Verankerung neuer Sozialleistungen ist in diesem Zusammenhang aktuell schwierig. Wir halten auch den Zeitpunkt für diesen Antrag, liebe Kolleg*innen von den GRÜNEN, für unseriös. Damit wecken Sie bei den Betroffenen Hoffnungen, die von verantwortungsvoll handelnden politischen Akteuren aktuell leider nicht erfüllt werden können. Wir müssen leider abwarten, wie sich die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung darstellt. Diese Zeit kann man auch nutzen; und wir wollen diese Zeit nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verantwortungsvolles politisches Handeln bedeutet auch, dass man sich im Zuge der aktuellen Diskussion Zeit nehmen muss, um sich ein fundiertes Bild zu machen. Die bestehenden Leistungen und die Bedarfe sind dabei genau zu analysieren. Lassen Sie mich dies konkret an folgenden vier Punkten aufzeigen.

Erstens. Die einzelnen Nachteilsausgleiche in den verschiedenen Bereichen sind darzulegen.

Zweitens. Die unterschiedlichen Träger der Kosten eines föderalen Systems sind einzubeziehen.

Drittens. Für ein mögliches Gehörlosengeld ist vorab auch eine fundierte und bedarfsorientierte Kostenermittlung notwendig.

Viertens. Auch der persönliche und fachliche Austausch mit den Gehörlosenverbänden spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entscheidend ist, sich einen ausreichenden Ein- und Überblick zu verschaffen, welche Leistungen es bereits gibt, und zwar von den kommunalen Leistungen über die Bundesleistungen bis hin zu Versicherungsleistungen. Erst dann kann man bestehende Lücken aufdecken und bestenfalls adäquat füllen. Auf dieser Grundlage kann eine verlässliche fachpolitische Diskussion geführt werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nochmals betonen: Wir wollen die Menschen mit einer Hörbehinderung umfassend unterstützen. Wir wollen die rund 16.000 Menschen mit einer Hörbehinderung im Freistaat nicht alleinlassen. Wir wollen ein Zeichen für die Inklusion in Bayern setzen und die Teilhabe von Menschen mit Hörbehinderung insgesamt verbessern. Uns ist natürlich bewusst, dass Menschen mit Hörbehinderung gerade in der Kommunikation und bei der Bewältigung des Alltags mit Freunden, mit der Familie, in der Freizeit, beim Sport auf Hilfen angewiesen sind, so etwa auf einen Gebärdensprachdolmetscher. Gebärdensprachdolmetscher sind für Menschen mit Hörbehinderung sehr oft der Schlüssel zur Kommunikation. Deswegen müssen wir die Verfügbarkeit von Dolmetscherleistungen für die Betroffenen weiter ausbauen. Da hat der Freistaat mit der Etablierung des Bachelor-Studienganges "Gebärdensprachdolmetschen" an der Hochschule Landshut einen wichtigen Schritt gemacht, damit Menschen mit Hörbehinderung im Bedarfsfall auf Gebärdensprachdolmetscher zurückgreifen können. Diesen Studiengang gibt es seit dem Wintersemester 2015/2016. Um noch intensiver auf diesen Studiengang hinzuweisen und so die Zahl der Dolmetschenden zu erhöhen, wird eine Werbekampagne gestar-

tet. Als CSU-Fraktion haben wir deshalb im Rahmen der Fraktionsinitiative 50.000 Euro bereitgestellt.

Wir möchten an dieser Stelle auch die Arbeit der Verbände für die Menschen mit Hörbehinderung loben und allen, die sich hier engagieren, herzlich danken. Sie unterstützen unter anderem bei der Vermittlung von Dolmetschenden. Seit Oktober 2020 gibt es einen Notfallbereitschaftsdienst für gehörlose Menschen. In Notfällen ist eine reibungslose Kommunikation das A und O und kann Leben retten. Deshalb ist es wichtig, dass auch außerhalb der Geschäftszeiten der Dolmetschervermittlungsstellen eine gebärdensprachkompetente Person bereitsteht, die die lebenswichtige Kommunikation in deutscher Gebärdensprache unterstützt. Seit dem 15. Februar 2021 ist die Notfallbereitschaft auch per SMS oder WhatsApp erreichbar. So ist es für gehörlose Menschen noch einfacher, in Notfällen von Gebärdensprachdolmetschenden unterstützt zu werden.

Schließlich müssen wir die Gesellschaft viel mehr für dieses Thema sensibilisieren. Eine Hörbehinderung ist nicht sichtbar und kann deshalb ganz schnell zur Ausgrenzung der Betroffenen führen. Da ist jede und jeder Einzelne von uns gefordert. Mit einer Kampagne mit und in verschiedenen Medien wollen wir eine bessere Wahrnehmung der Teilhabe der Betroffenen erreichen. Deshalb haben wir ebenfalls im Rahmen unserer Fraktionsinitiative 50.000 Euro für eine Sensibilisierungskampagne bereitgestellt. Lassen Sie uns gemeinsam die Barrieren in den Köpfen abbauen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wohl der Menschen mit einer Hörbehinderung liegt uns ganz besonders am Herzen. Wir wollen die Betroffenen bestmöglich unterstützen. Daran wollen wir auch weiter gemeinsam und im engen Austausch mit den Gehörlosenverbänden arbeiten. Doch leider lässt sich der Antrag nicht so einfach umsetzen. Das habe ich gerade dargelegt. Auch wir wollen mögliche Lücken bei den Leistungen aufdecken und dann gemeinsam überlegen, wie wir die Menschen mit Hörbehinderung zielgerichtet unterstützen können. Dies und die finanziellen Kraftanst-

rengungen des Freistaats im Zuge der Corona-Pandemie erlauben es uns als verantwortungsvoll politisch Handelnden jedoch leider nicht, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Högl, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Frau Celina hat noch eine Zwischenbemerkung.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Högl, Ihnen ist klar, dass ich eine Zwischenbemerkung machen muss. Nicht ich wecke Erwartungen, sondern seit 2012 wecken CSU-Abgeordnete Erwartungen auf ein Gehörlosengeld. Danach ging es in das Bundesteilhabegesetz. Es wurde auf den Bund abgeschoben. Es kam wieder zurück. Sie reden seit zehn Jahren darüber, dass es in Bayern ein Gehörlosengeld geben müsste, tun aber absolut nichts dafür.

Sie sagen, Sie können dem Antrag nicht zustimmen. Der Antrag ist darauf gerichtet, dass die Abgeordneten der CSU der Bayerischen Staatsregierung sagen: Mach ein Konzept für ein Gehörlosengeld und lege ein Datum fest. – Das ist alles, was wir wollen. Das ist das simpelste Versprechen, ein Gehörlosengeld einführen zu wollen. Nicht mal dem stimmen Sie zu, weil Sie in den ganzen Jahren vorher den Etat der Staatskanzlei um 40 Millionen Euro haben wachsen lassen und für das Landespflegegeld jedes Jahr 400 Millionen Euro ausgeben. Die jungen Leute sind Ihnen zum Geburtstag 4 Millionen Euro wert. – Es ist irre, wofür die CSU in den letzten Jahren Geld in den Haushalt eingestellt hat, und Sie sagen mir heute, für die Gehörlosen ist kein Geld übrig. Sie schaffen es als Abgeordnete nicht, der Staatsregierung zu sagen, ein Konzept für ein Gehörlosengeld aufzustellen. Das finde ich so was von schwach. Ich glaube nicht, dass Sie damit bei den Verbänden durchkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Petra Högl (CSU): Liebe Kollegin, ich habe Ihnen vorher in meinen Ausführungen aufgezeigt, wie wir dieses Thema angehen, dass wir bei den Gebärdensprachdolmet-

schern verstärken, die Kampagne für den Notruf verstärken usw. Wir gehen so an die Sache ran. Wir können diesem Antrag, so wie Sie ihn vorgelegt haben, in diesem Moment nicht zustimmen,

(Zuruf)

wenngleich wir die Nachteile der Gehörlosen und Menschen mit Hörbehinderungen sehr wohl sehen und auf Grundlage verschiedenster Möglichkeiten Unterstützung leisten.

(Zurufe)

Es gibt Unterstützungen für den Menschen mit Hörbehinderung: auf kommunaler Ebene, auf Bundesebene und auf Versicherungsebene. Das alles wollen wir zusammenfließen lassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Abgeordnete Högl, und darf dann den nächsten Redner aufrufen: Herrn Jan Schiffers von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Schiffers.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Das Thema "Einführung eines Gehörlosengeldes" beschäftigt uns im Sozialausschuss schon seit geraumer Zeit. Im Rahmen eines Fachgesprächs am 20. Februar 2020 wurde von den Sachverständigen eindrucksvoll und überzeugend dargelegt, inwieweit in Bayern Lücken bestehen, um Menschen mit Hörbehinderung eine Teilhabe am gesellschaftlichen, aber auch am wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Zwar gibt es heute bereits Bereiche, in denen Dolmetscherkosten übernommen werden, so etwa im Bereich von Verwaltungsverfahren oder Gerichtsverfahren. Das ist im

Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetz geregelt. Lücken bestehen aber weiterhin in elementaren Bereichen. Hierzu zählen etwa der Bereich der persönlichen Vermögensplanung sowie der Absicherung gegen Risiken, also konkret die einfache, aber elementar wichtige Frage: Welche Versicherung brauche ich? Wie kann ich meine private Vermögensvorsorge gestalten? Für gehörlose Menschen ist es eben nicht einfach möglich, mal so ein Beratungsgespräch in einer Versicherungsagentur oder in einer Bankfiliale zu vereinbaren, um sich individuell beraten zu lassen. Individuelle und weitreichende Entscheidungen wie die Finanzierung eines Eigenheims oder die Gestaltung der privaten Altersvorsorge lassen sich ohne ausführliche persönliche Gespräche aber kaum realisieren. Hierfür ist jedes Mal ein Gebärdensprachdolmetscher zwingend erforderlich. Der verursacht nun mal verständlicherweise Kosten.

Einen finanziellen Nachteil haben Gehörlose aber auch deshalb, weil ihr Aufwand für ganz normale Fahrten im Rahmen des täglichen Lebens deutlich höher ist. Das hat der Vorsitzende des Gehörlosenverbandes München und Umland im Fachgespräch nachvollziehbar ausgeführt. Das persönliche Gespräch hat für Menschen mit Hörbehinderung eben eine ganz andere Bedeutung und kann nicht einfach so durch ein Telefonat ersetzt werden. Die Beispiele ließen sich beliebig fortführen, wobei nicht jeder denkbare Bedarfsfall zu hundert Prozent erfasst und abgedeckt werden kann. Aber ein pauschalierter Betrag kann hier Abhilfe schaffen.

Im Rahmen der Beratungen im Sozialausschuss wurde seitens der Regierungsfractionen zwar betont, dass das Erfordernis für die Einführung eines Gehörlosengeldes ebenfalls erkannt wird. Auch im Redebeitrag der Kollegin von der CSU wurde das betont. Allerdings hieß es nach dem Fachgespräch, das wohlgermerkt im Februar 2020 stattfand, man wolle die Thematik noch im Detail sondieren. Im November 2020, als das Thema dann im Ausschuss dran war, also neun Monate nach dem Fachgespräch, hieß es dann, wegen der Ausnahmesituation im Hinblick auf Corona war es nicht möglich, da Gespräche zu führen und die Frage zu vertiefen. Außerdem habe es die Situation nun einmal verunmöglicht, einen Austausch mit den Gehörlosenverbänden zu füh-

ren. – Diese Einwände überzeugen in keiner Weise. Auch das benachbarte Bundesland Hessen war sowohl von Corona als auch von Lockdown-Maßnahmen betroffen, hat es aber dennoch geschafft, die Einführung eines Gehörlosengeldes auf den Weg zu bringen.

Wir halten die Einführung eines Gehörlosengeldes für erforderlich und überfällig. Was die konkrete Höhe angeht, kann man sicherlich geteilter Ansicht sein. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir beispielsweise einen Antrag der GRÜNEN abgelehnt, weil wir Bedenken im Hinblick auf die darin genannte Höhe hatten. Aber der vorliegende Antrag fordert die Staatsregierung nur auf, überhaupt erst mal ein Konzept für Gehörlosengeld vorzulegen und rechtzeitig zum nächsten Haushalt umzusetzen. Das ist wirklich sehr niederschwellig und aus unserer Sicht sehr berechtigt.

Zusammenfassend: Es gibt aus unserer Sicht überhaupt keinen Grund, die Einführung des Gehörlosengeldes in Bayern noch länger hinauszuzögern. Die AfD-Fraktion stimmt dem Antrag deshalb zu.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf als nächste Rednerin die Frau Kollegin Susann Enders von den FREIEN WÄHLERN ans Pult bitten. Frau Enders, Sie haben gleich das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hätte mir die Einführung des Gehörlosengeldes so schnell, wie die Kollegin Celina zum Rednerpult gerannt ist, und schon vor zehn Jahren gewünscht. Das hat aber aus bekannten Gründen bisher nicht funktioniert.

Ein Grund, warum ich in die Politik gegangen bin, ist das Thema der Inklusion: gleiche Voraussetzungen für Menschen mit Stärken und Menschen mit Schwächen. In vielen Gesprächen mit Betroffenen vor Ort und im Austausch mit Verbänden bekomme ich immer wieder mit, wie es Menschen mit Handicap geht. Ich bekomme mit, was sie

brauchen und was sie nicht brauchen. Was sie absolut gar nicht brauchen, ist unser wohlwollendes Mitleid. Was sie aber dringend brauchen, ist Respekt, Akzeptanz und Unterstützung. Daher unterstützen ich persönlich und meine FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion seit zehn Jahren ebenso das absolut zu Recht geforderte Gehörlosengeld.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode war das Gehörlosengeld eine Forderung von uns FREIEN WÄHLERN wie auch Forderung der GRÜNEN, meine Damen und Herren. Parallel aus der Opposition heraus – ich rede nicht darum herum – haben wir uns gemeinsam für das Gehörlosengeld eingesetzt. Leider konnten wir die Regierungsfraktion zum damaligen Zeitpunkt nicht von dessen Notwendigkeit überzeugen. Was ist heute anders? – Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir, die FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion, haben dieses Thema aus der Opposition in die Regierungskoalition gebracht. Seither arbeiten wir daran. Seither – das kann ich Ihnen offen sagen – lassen wir auch hier in der Regierung nicht locker. Wir müssen einen gemeinsamen Weg mit der CSU finden; denn es gibt Lücken bei der Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschern oder auch Schriftdolmetschern im Freistaat. Eine gute technische Ausstattung für Gehörlose hat nun einmal ihren Preis. Sie hat einen Preis in Euro und Cent tagtäglich für jeden Betroffenen.

Wir wollen nicht unüberlegt handeln. Wir wollen ein Gesamtpaket schnüren, das nachhaltig ist, so wie es unsere geschätzten Kolleginnen und Kollegen von der CSU auch angekündigt haben. Wir wollen ein Gesamtpaket, das nachhaltig ist. Es gibt Kollegen von der CSU, die das Gehörlosengeld auch als alleinige Maßnahme, so wie es jetzt gefordert ist, nach wie vor als nicht sinnvoll einschätzen. Ich bin dankbar für die Zusage unseres Koalitionspartners am Rande des Fachgesprächs zur Einführung eines Gehörlosengeldes am 20. Februar des vergangenen Jahres, dass ein gemeinsames CSU- und FREIE-WÄHLER-Maßnahmenpaket – also die CSU-Maßnahmen inklusive des von den FREIEN WÄHLERN geforderten Gehörlosengeldes – für den Haushalt 2022 angedacht ist. Wir werden intern klären, in welcher Form, in welchem Um-

fang, wie die genaue Ausgestaltung dieses Nachteilsausgleichs stattfinden kann und wie wir das dann auch gemeinsam im Haushalt abbilden können. Denn genau das ist der Punkt. Es geht darum, es gemeinsam abzubilden. Deswegen kann ich und können wir Ihrem Antrag auf Einführung eines Gehörlosengeldes zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Es gibt eine Zwischenbemerkung der Kollegin Celina. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Frau Enders, wir sind in der letzten Legislaturperiode zusammengesessen und haben gemeinsam für ein Gehörlosengeld gekämpft und gestritten. Ich danke Ihnen auch für Ihre ehrlichen Ausführungen. Ich werfe Ihnen und den FREIEN WÄHLERN vor, dass Sie bei den vergangenen Haushaltsverhandlungen immer all diesen von mir genannten Punkten zugestimmt haben, die jetzt von der CSU so dargestellt werden, als hätte man kein Geld. Ich habe das vorhin mehrmals ausgeführt. Es gibt 400 Millionen Euro Landespflegegeld; nach dem Wahlkampf 2018 wurde die ganze Welt mit Geld beglückt. Da schien Geld keine Rolle zu spielen. Dass die CSU-Abgeordneten jetzt sagen, es gäbe aufgrund von Corona kein Geld, ist eine Ausflucht, die ich schlicht und einfach nicht mehr akzeptieren kann. Da wünsche ich mir auch in Haushaltsverhandlungen ein klares Statement von den FREIEN WÄHLERN.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Frau Celina, Sie sprechen mich auf eine Aussage der CSU-Abgeordneten an. In diesem Fall kann ich sagen: Es tut mir leid; ich bin eine Abgeordnete der FREIEN WÄHLER. Es geht in der Regierung nicht allein als FREIE-WÄHLER-Fraktion. Das wissen Sie selbst. All diejenigen von der SPD, die jetzt lachen, denken wahrscheinlich an ihre Kolleginnen und Kollegen im Bund. Das ist die Krux an einer Koalition. Man muss gemeinsam Wege im Sinne der Betroffenen finden. Es geht nicht immer danach, was man als einzelne Fraktion oder Person möchte. Ich muss Ihnen das nicht erklären. Das wissen Sie alles.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. Weitere Meldungen zu Interventionen liegen nicht vor. – Dann darf ich als nächste Rednerin die Abgeordnete Margit Wild von der SPD-Fraktion aufrufen. Sie sind gleich dran.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, ich habe jetzt Frau Högl und Frau Enders sehr aufmerksam zugehört. Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Da war mir viel zu viel Schönreden dabei. Sie sagen, Sie hätten Verständnis und Sie wollten Inklusion voranbringen. – Dann tun Sie es doch endlich! Ich war damals im Landtag, als einer der Ministerpräsidenten, einer der Vorgänger von Herrn Söder, gesagt hat, 2023 sei Bayern barrierefrei. Dazu gehört für mich auch die barrierefreie Kommunikation; ich habe lange in diesem Beruf gearbeitet. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Jetzt einmal ganz im Ernst: Im Februar 2020 gab es eine Anhörung. Auch die Dame vom Ministerium hat gesagt, es gebe Lücken bei der Finanzierung der Gebärdensprachdolmetscher. Es gebe eindeutige Lücken. Sie alle von der CSU und den FREIEN WÄHLERN haben gesagt, das sei ein wichtiges Thema und man müsse etwas tun. Aber man brauche natürlich erst eine Gesamtkonzeption. Eine Gesamtkonzeption müsse her. – Ja, das ist Ihr gutes Recht, aber die ganze Angelegenheit zieht sich für die Betroffenen jetzt schon Jahre, bald ein Jahrzehnt hin, obwohl Sie so einfühlsam und empathisch von ihnen gesprochen haben. Wann haben wir die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet? – Das war 2009. Das liegt nun schon mehr als eine Dekade zurück. Man könnte schon einmal in die Gänge kommen und längst ein Konzept machen. Ich habe langsam den Eindruck, dass man das immer wieder auf dem Rücken der Menschen, die eh viele Barrieren haben, die wir uns gar nicht vorstellen können, austrägt und hier einfach nicht weiterkommt.

Man sagt, man habe einen Lehrstuhl, an dem Gebärdensprachdolmetscher ausgebildet würden. Aber diese muss man sich auch leisten und bezahlen können. Wenn man den Gebärdensprachdolmetscher oder die Gebärdensprachdolmetscherin nur in bestimmten Bereichen bezahlt bekommt, dann ist man aber bei dem Rest, bei privaten

Angelegenheiten oder wenn man sich in einer Gruppe austauschen möchte, abgehängt. Dann gibt es dieses wunderbare Wort der Teilhabe, das Sie so gerne im Mund führen. Die Teilhabe ist doch dann gar nicht möglich!

Meine Kolleginnen und auch die GRÜNEN haben damals immer die Kollegin Ruth Waldmann unterstützt. Es wurde dann ja eineinhalb Jahre später wieder ein Antrag gestellt. Dann hat man gesagt, man sei noch nicht so weit und man habe noch keine Konzeption. Es kam das Argument hinzu, die wirtschaftliche und finanzielle Situation erlaube das im Augenblick nicht. – Das verstehe ich überhaupt nicht. Die Kollegin Celine hat vorhin von dem großen Segen, den die Bayerische Staatsregierung und die CSU bei allen möglichen Gelegenheiten auf die Bürgerinnen und Bürger niederregnen lässt, gesprochen. Wenn Ihnen diese Gruppe der Menschen mit dieser Beeinträchtigung so wichtig ist, dann handeln Sie aber bitte schön endlich und speisen Sie uns nicht mit so wunderbaren wohlfeilen und empathischen Worten ab! Es sind die Taten, die zählen, und nicht die schönen Worte.

Wir haben es echt langsam satt. Wir werden bei den Haushaltsberatungen natürlich sehr genau aufpassen, wie es mit den finanziellen und wirtschaftlichen Knappheiten aussieht. Da schauen wir dann sehr genau hin. Ich mag es langsam nicht mehr hören. Ich habe viel Erfahrung. Ich schließe mit den Worten, mit denen ich begonnen habe: Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt, ehrlich gesagt, der Glaube bei Ihnen. Handeln Sie endlich!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Wild. – Ich komme zur letzten Rednerin für die Fraktionen, der Abgeordneten Julika Sandt für die FDP. Frau Sandt, bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es werden ja ganz oft komische Anträge hochgezogen. Aber dieser Antrag ist wirklich außerordentlich wichtig. Ich kann mich dafür nur ganz herzlich bedanken. Schade,

dass es zu so später Stunde ist, zumal diese Sitzung, soweit ich weiß, nur im Livestream mit einem Gebärdensprachdolmetscher übertragen wird. Ich würde mir sehr wünschen, dass diese Debatte für eine längere Zeit mit einem Gebärdensprachdolmetscher im Internet abrufbar wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das Gehörlosengeld würde bei uns in Bayern etwa 15.000 Menschen zugutekommen. Für diese Menschen ist dieses Geld für die Teilhabe in allen Bereichen so essenziell und wichtig. Ich nenne als Beispiel das Mitmachen in Vereinen, aber auch die politische Teilhabe. Wir wissen doch alle: Um uns politisch zu engagieren, müssen wir zu den Parteien gehen und mit den Leuten reden. Das können Gehörlose aber nicht. Deswegen ist es auch eine Frage des politischen Gleichgewichts, ob wir hier eine Gruppe ausschließen oder nicht. Und überhaupt brauchen Gehörlose und schwerhörige Menschen ganz viele technische Hilfen. Sie brauchen viele Therapien und haben viele Fahrtkosten.

Wir haben uns mit der Unterzeichnung und der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, den Menschen mit Behinderung eine unabhängige Lebensführung und eine volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Um das zu erreichen, brauchen wir geeignete Maßnahmen. Eine von ihnen ist das Gehörlosengeld. Die Bayerische Staatsregierung wehrt sich jedoch mit Händen und Füßen dagegen. Offensichtlich ist es speziell die CSU-Fraktion.

Mir tat die Frau Högl ein bisschen leid. Ich kann mir fast nicht vorstellen, dass sie das ernsthaft mitträgt, aber sie musste hier in die Bütt steigen. Ich denke aber, die ganze Fraktion sollte sich hier am Riemen reißen und dafür sorgen, dass den Worten auch wirklich Taten folgen, wie das schon gesagt wurde.

Die Haushaltsberatungen haben ganz klar gezeigt: Das Geld für diese Maßnahmen ist da. Wir haben einen Finanzierungsvorschlag, einen gegenfinanzierten Vorschlag vor-

gelegt. Wir haben einen Antrag auf Finanzierung des Gehörlosengeldes vorgelegt, der sauber gegenfinanziert war.

Zur Frage der "Komplexität". Ich fasse mir wirklich an den Kopf, weil Sie sagen, Sie könnten das nicht ausrechnen. Ganz viele andere Bundesländer können es auch. Beim Blindengeld wurde es auch ausgerechnet. Sie haben einen Riesenbeamtenapparat und Ministerien im Rücken, und dann sind Sie dazu nicht in der Lage. Sie trauen Ihrer Staatsregierung nicht zu, auszurechnen, wie hoch das Gehörlosengeld sein muss, und das auch noch seit so vielen Jahren. Das finde ich unglaublich! Eine Bankrotterklärung ist das!

(Beifall bei der FDP)

Die Bedeutung und die Dringlichkeit des Themas wurden bei uns im Ausschuss im Rahmen des Fachgesprächs ausführlich erläutert. Die CSU hat versprochen, ein Gehörlosengeld einzuführen. Die FREIEN WÄHLER wollen es auch. Tun Sie also etwas! Fassen Sie sich ein Herz! Hier geht es wirklich nur um die Aufforderung zur Vorlage eines Konzepts und die Umsetzung im nächsten Haushalt. Eigentlich ist es schon das, was Sie wollen. Ich verstehe nicht, warum Sie jetzt schon wieder Nein sagen. Die Notwendigkeit ist da, das Geld ist da, und angeblich ist auch der Wille da. Seien Sie glaubwürdig und stimmen Sie dem Antrag zu! – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Sandt, ich bedanke mich. – Ich sehe im Augenblick keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die AfD, die SPD und die FDP. Gegenstimme bitte ich anzuzeigen. – Das

sind die CSU und die FREIEN WÄHLER sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk.
Damit ist der Antrag abgelehnt.